

Visionen, Realitäten und Risiken eines unabhängigen Südsudan: Implikationen des Referendums vom Jänner 2011

Pospisil, Jan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pospisil, J. (2011). *Visionen, Realitäten und Risiken eines unabhängigen Südsudan: Implikationen des Referendums vom Jänner 2011*. (Policy Paper / Österreichisches Institut für Internationale Politik). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58297-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kurzanalyse

JANUAR 2011

**Visionen, Realitäten und Risiken
eines unabhängigen Südsudan:
Implikationen des Referendums vom Jänner 2011**

Dr. Jan Pospisil

Am Samstag, den 15. Jänner 2011, endete die siebentägige Abstimmungsfrist des Referendums über die Unabhängigkeit des Südsudan, ein Referendum, das auch in einer längerfristigen Betrachtung vermutlich das Attribut „historisch“ verdient. Das Referendum endete wie es begonnen hatte: weitestgehend friedlich, korrekt im Ablauf und mit einer hohen Beteiligung. Die Referendumskommission (SSRC) verlautbarte schon einen Tag vor Abstimmungsende eine Beteiligung von 83 Prozent der Registrierten, womit das für eine Gültigkeit des Referendums vertraglich festgelegte Quorum von 60 Prozent so klar übertroffen wurde, dass diesbezüglich auch nach der wahrscheinlichen offiziellen Verkündung der Ergebnisse am 14. Februar 2011 keine Zweifel aufkommen sollten. Zudem lobten die von Jimmy Carter nominierten Wahlbeobachter/innen den Ablauf, auch die EU zeigte sich angetan – zur einzigen nennenswerten Verzögerung im Abstimmungsverlauf kam es bezeichnenderweise im australischen Brisbane, einem der internationalen Abstimmungsorte, wo Exil-Sudanese/innen ihre Stimme abgeben konnten, bedingt durch die dortigen Überflutungen.

Auch am Ausgang des Referendums dürfte schon jetzt wenig zu rütteln sein. Ist die nationalistische Feierstimmung in der südsudanesischen Hauptstadt Juba zu Beginn der Abstimmung auch empirisch nicht zwangsläufig stichhaltig, sprechen kurz vor dem Referendum durchgeführte Umfragen von einer Zustimmung zur Sezession von 90 bis 97 Prozent. Vor diesem Hintergrund ist klar, dass eine Infragestellung eines für die Unabhängigkeit lautenden Ergebnisses durch die von der Nationalen Kongresspartei (NCP) dominierte Regierung des Gesamt-Sudan eine nur schlecht verklausulierte Kriegserklärung darstellen würde. Angesichts der nicht zuletzt durch einige, vor allem von den USA angekündigte Anreize wie die Streichung des Sudan von der Liste der den internationalen Terrorismus unterstützenden Staaten (was wohl mit dem Ende des US-Embargos und einer damit einhergehenden markanten Lebenserleichterung für alle Sudanese/innen verbunden wäre) hat der sudaneseische Präsident al-Bashir zuletzt aber eindeutig seine Bereitschaft zur Anerkennung jedes möglichen Ergebnisses signalisiert.

Damit ist von einer Unabhängigkeitserklärung des Südsudan nach der im Comprehensive Peace Agreement (CPA) festgelegten Übergangsperiode von einem halben Jahr am 15. Juli 2011 auszugehen, wobei diese Unabhängigkeitserklärung – im Unterschied etwa zum Kosovo – mit einer fast lückenlosen internationalen Anerkennung und auch der Aufnahme des Südsudan in die UNO einhergehen dürfte. Damit wäre die Souveränität im klassisch völkerrechtlichen Sinne hergestellt, und der über ein halbes Jahrhundert andauernde Sezessionskonflikt wäre durch die Erreichung eben jener Sezession an seinem Ziel – eine überaus bemerkenswerte Tatsache wenn in Betracht gezogen wird, dass von den zahlreichen Sezessionskonflikten in Afrika in den letzten 60 Jahren bislang nur einer erfolgreich verlaufen war (die Sezession Eritreas von Äthiopien im Jahr 1993).

Nichtsdestotrotz sind nach wie vor viele mit der möglichen Unabhängigkeit verknüpfte Fragen ungeklärt, teilweise auch hart umstritten. Die Verhandlungsprozesse verlaufen

(weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit und medialer Berichterstattung) zäh, unterschiedliche Linien zeigen sich dabei nicht nur zwischen den beiden Regierungsparteien, der NCP im Norden und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM) im Süden, sondern auch innerhalb der jeweiligen Parteien. Im Folgenden soll daher ein kurzer Überblick über die mit der Unabhängigkeit verknüpften Visionen, die Realitäten der Verhandlungen und die Risiken der neuen Nationalstaatswerdung gegeben werden.

Der Traum vom „eigenen“ Nationalstaat

Oft ist gerade im afrikanischen Kontext von der willkürlichen Ziehung von Grenzen die Rede. Grenzen, die zumeist entweder bedingt durch Kämpfe der Kolonialmächte gegeneinander oder schlicht als pragmatische Verwaltungseinhegungen der kolonialen Administrationen gezogen wurden, transformierten sich im Prozess der afrikanischen Unabhängigkeit in Grenzen zwischen souveränen Nationalstaaten. Insofern ist es richtig, dass eben diese Grenzen keine Rücksicht auf Siedlungsräume, Wanderrouten oder Weidegebiete nahmen. Im Besonderen mag das auf den Sudan zutreffen. So sind die jetzigen Metropolen des Nordens und des Südens, Khartum und Juba, nicht nur durch 1.200 Kilometer zum Teil überaus unwegsames Terrain und eine dementsprechend nicht existierende Straßenverbindung getrennt – sie befinden sich in ihrem Flair schlichtweg auf unterschiedlichen Kontinenten.

Dennoch darf auch vor diesem Hintergrund nicht vergessen werden, dass Grenzziehungen zwischen Staaten letztendlich immer ein willkürlicher Prozess bleiben. Auch Europa ist gekennzeichnet davon, und nicht nur das seit über 180 Jahren existierende EU-Mitglied Belgien zeigt derzeit große Schwierigkeiten, mit einer solchen Willkür umzugehen. Zugleich darf andererseits nicht vergessen werden, dass jede Art von „Natürlichkeit“ letztlich konstruiert bleibt. Nationalstaaten sind pragmatische Konstrukte und es gibt einige Beispiele von Staaten, die Präzedenz genug dafür bieten, dass auch der Sudan als größtes Land Afrikas in seiner Mannigfaltigkeit hätte weiter existieren können.

Somit ist der Drang nach staatlicher Unabhängigkeit wie auch der (nun wahrscheinliche) Erfolg der konkreten Unabhängigkeitsbestrebungen nichts anderes als ein Resultat eines mehrfachen administrativen Versagens. Sicherlich hat die britische Kolonialmacht trotz ihres (ohne südsudanesischen Repräsentanten) gefällten Entscheides im Jahr 1947, den heutigen Südsudan dem Sudan und nicht Britisch-Ostafrika anzugliedern, faktisch nichts zur Entwicklung eines einheitlichen nationalen Bewusstseins beigetragen. Es ist von daher kein Zufall, dass der Sezessionskonflikt schon vor der eigentlichen Unabhängigkeit des Sudan bewaffnet ausbrach. Allerdings gab es in den Phasen danach durchaus Möglichkeiten, einen Prozess der nationalen Integration nachhaltig voranzutreiben. Dies wurde letztlich durch eine streckenweise als unglaublich anmutende Arroganz des Nordens verhindert.

Immer wieder wurde die faktische militärische Schlagkraft des Südens unterschätzt, bestehende Autonomieregelungen aufgekündigt, die ökonomischen Gewinne der

beginnenden Ölausbeutung monopolisiert, zeitweise sogar versucht, islamische Rechtsbestimmungen zu verankern. Letztlich sind der Waffenstillstand und der anschließende Friedensvertrag (der erwähnte CPA) im Jahr 2005 nur als militärische Niederlage des Nordens zu sehen, der in entsprechende, für beide Seiten gesichtswahrende Formulierungen gegossen wurde. Trotz der im CPA festgelegten (und im gesamtstaatlichen politischen Diskurs danach wie ein Mantra wiederholten) Anforderung, die politische Arbeit in der folgenden fünfjährigen Übergangsperiode im „Geiste der nationalen Einheit“ zu verfolgen, war jedes Vertrauen vermutlich schon zu diesem Zeitpunkt ein- für allemal verspielt.

Viel wurde (und wird, mittlerweile aber fast ausschließlich von Politiker/innen des Nordens) die Vision des ehemaligen SPLA-Führers John Garang, der von einem einheitlichen, „neuen“ Sudan sprach, zitiert. Aber die Frage bleibt, ob Garang diese Vision im Zuge der Übergangsperiode politisch überhaupt durchzusetzen in der Lage gewesen wäre – trotz seines unbestreitbaren Charismas. Er starb noch 2005 bei einem Hubschrauberabsturz, sein Nachfolger, Salva Kiir, erwies sich von Beginn an als Pragmatiker. Dieser Pragmatismus führte angesichts der klar in Richtung Sezession tendierenden Stimmungslage in weiten Teilen des Südens allerdings dazu, dass entgegen periodischer verbaler Zugeständnisse an die „Einheits“-Perspektive (vor allem bei politischen Auftritten im fernen Khartum) die Unabhängigkeit letztlich zur einzig bestimmenden Zielsetzung der SPLM wurde.

Bis zuletzt übte sich der Norden in Realitätsverweigerung, demonstrierte damit nochmals eindrücklich die Problemlagen, die zur heutigen Situation führten, und verspielte vermutlich auch zahlreiche Möglichkeiten, zu besseren politischen Ausgangsbedingungen eines Post-Referendum-Szenarios zu kommen. Die Infragestellung einer einheitlichen Lösung war fast die gesamte Übergangsperiode lang für die politische Kaste der NCP ein „No-Go“, erst einige Wochen vor dem Referendum – und im Angesicht der drohenden grandiosen Niederlage – wurde der Slogan „*Union instead of Unity*“ lanciert. Diese „Union“-Idee war und ist mit Anspielungen auf das Beispiel der europäischen Integration verknüpft und sieht auf praktischer Ebene sogar noch weitergehende wechselseitige Anbindungen vor als in Zeiten von 50 Jahren eines gemeinsamen Staatswesens erreicht werden konnten. So überrascht die klar feststellbare Tendenz der vorwiegend um Juba gruppierten und aus „afrikanisch“ orientierten Dinka bestehenden politischen Kaste des Südens, die zukünftigen primären Anbindungen im ökonomischen, politischen und sozialen Bereich bei den südlichen Nachbarn, Kenia und Uganda zu suchen, kaum.

In(ter)dependence: Realitäten der Unabhängigkeit, die Unabhängigkeit als Realität

Zugleich darf nicht vergessen werden, dass die Realität von Juba und der südlichen Teile des Südsudan auf keinen Fall mit Stimmungslagen etwa in den Grenzgebieten vergleichbar ist. Angesichts der überschneidenden Weide- und Wanderräume ergeben sich schon erste unmittelbare Interdependenzen, die auch zwischen zwei zukünftig potenziell

unabhängigen Staaten eine wesentliche Rolle spielen werden. Die gerade entlang der Grenzlinien liegenden Erdölvorkommen, mit der derzeit einzigen Pipelineanbindung nach Port Sudan in den Norden, liefern eine weitere. Somit wird schnell offensichtlich, dass die Frage der Trennung nicht einfach verlaufen wird.

Vier der strittigen Bereiche wurden in Verhandlungscluster gegliedert, die derzeit unter Ägide eines von Thabo Mbeki geleiteten Sudan-Panels der Afrikanischen Union (AU) diskutiert werden: die offensichtlichen Sicherheits-Fragen, insbesondere die Entflechtung der mühsam eingerichteten so genannten „Joint Integrated Units“ (JIUs) zwischen der sudanesischen Armee und der SPLA-Guerilla (sowie mit beiden Parteien verbündeten Milizen), die Frage der Staatsbürgerschaft – insofern umstritten weil der Norden Doppelstaatsbürgerschaften auch für in Khartum lebende Südsudanese/innen dezidiert ausschließt –, ökonomische Fragen mit Schwerpunkten auf den Öleinnahmen sowie der Frage der Aufteilung der Staatsschulden, wobei sich diese Ebene in den Verhandlungen dem Anschein nach überraschend gut entwickelt und einer Lösung nahe scheint, sowie die Frage von internationalen rechtlichen Verbindlichkeiten und Rechtsnachfolgen.

Die zwei derzeit neben den JIUs und der Staatsbürgerschaft vielleicht schwersten Probleme liegen jedoch außerhalb der unmittelbaren Verhandlungen, auch, weil sie dort derzeit nur schwer lösbar erscheinen: die Frage der Grenzziehung und des Status der Grenzregion von Abyei. Die Grenzziehung gilt zwar als zu 80% gelöst und weitestgehend durch die UN-Mission UNMIS als markiert, allerdings sind nach wie vor nicht nur die verbleibenden etwa 20% überaus umstritten. Regionale und lokale Problemlagen bilden dabei mit geopolitischen und ökonomischen Interessen, etwa die geographische Zuordnung speziell in der Zukunft möglicherweise wichtig werdender Erdölfelder, eine komplexe Gemengelage. Dies lässt es zweifelhaft erscheinen, ob bis zum erwarteten Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung im Juli 2011 eine Lösung gefunden werden kann. Viele der strittigen Punkte können dabei zum Ausgangspunkt eines bewaffneten Konfliktes werden, der zwar vielleicht begrenzt zwischen betroffenen Stämmen geführt werden könnte, aber auch jederzeit das Potenzial zur Auslösung eines großangelegten Krieges in sich birgt.

Rundum pessimistisch muss die Lage im umstrittenen Abyei bewertet werden. So musste die ursprünglich parallel mit dem Unabhängigkeitsreferendum vorgesehene Abstimmung über die Zugehörigkeit der Region zum Norden oder zum Süden angesichts der weitreichenden Uneinigkeiten bis auf weiteres verschoben werden. Auch kam es während des Referendums zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen (mit dem Norden verbündeten) Misseriya und Ngok-Dinka, die über 20 Todesopfer forderten. Zwar konnten die Kämpfe in einem rasch angesetzten Verhandlungsprozess beigelegt werden und sowohl die sudanesische Armee als auch die SPLA bestritten jede derzeitige und zukünftige Beteiligung an den Kämpfen. Nichtsdestotrotz haben die Auseinandersetzungen Tradition, ebenso wie die Ausrüstung und konkrete Unterstützung der Misseriya durch die sudanesische Armee, während auf der anderen Seite die Ngok-Dinka eine historisch wichtige Rolle in der SPLA einnehmen.

Nach wie vor gibt es keine Einigung über die Grenzziehungen, Weiderechte sind umstritten und es bleibt offen, wer überhaupt als Einwohner/in von Abyei zu werten ist und dementsprechend als abstimmungsberechtigt beim vorgesehenen Status-Referendum gilt. Eine Einigung ist derzeit nicht in Sicht.

Ein „Failed State“ im Entstehen?

Aber auch jenseits der Problemlagen zwischen Norden und Süden gibt es mannigfaltige Schwierigkeiten. Viele, insbesondere internationale Beobachter/innen sehen im Südsudan nichts anderes als die Geburt eines „Failed State“, wobei regelmäßig Zerfallsszenarien wie Somalia als Vergleich bemüht werden. Sicherlich gibt es wesentliche Faktoren, die für eine derartige Einschätzung sprechen: die Infrastruktur des Südens ist schlichtweg inexistent, wobei der schnellen Erweiterung etwa des minimalen Netzes an befestigten Straßen die (durch die schwierigen Transportwege, aber auch die zahlreichen „Mitverdienenden“ bedingten) exorbitanten Baukosten entgegenstehen: ein Kilometer Straße im Südsudan kostet derzeit ein Mehrfaches eines Autobahnkilometers in Mitteleuropa.

Nicht zuletzt bedingt durch die schlechte Infrastruktur, aber auch bestehende Clan- und Stammesnetzwerke ist Korruption allgegenwärtig – angesichts einer Situation, in der die Bezahlung von durch den Staat angestellten Verwaltungsangestellten zum größten Teil nur durch physische Übermittlung, also durch den Transport von Geldsäcken über hunderte Kilometer nicht befestigtes Terrain, erfolgen kann, nicht unbedingt unverständlich. Zugleich ist das Niveau der Verwaltung weit von jedem eigentlich für die Durchführung professionalisierter Verwaltungsakte notwendigen Bereich entfernt. Maßnahmen der „Good Governance“, wie es die Gebergemeinschaft so gern benennt, beginnen zumeist bei Fragen wie dem Erlernen von Schreiben und Lesen oder der Verwaltungssprache Englisch. Die Ressourcenausstattung ist angesichts der Tatsache, dass es beispielsweise zur Einbringung einer Anzeige bei der Polizei notwendig ist, selbst Papier und Stift mitzubringen, nur als trist zu bezeichnen.

Dass die Probleme speziell in Teilen der Exekutivorgane weitreichend sind – wie zuletzt ein veritabler Skandal um sexuelle Übergriffe in dem eigentlich als internationales Vorzeigeprojekt gedachtem Polizeiausbildungs-Camp gezeigt hat – kommt dazu. Mangelnde Disziplin hat einen weiteren Aspekt, der potenziell noch viel größere Sprengkraft entwickeln könnte: die Frage der Loyalitäten. Die SPLM/SPLA, die aufgrund ihrer bisherigen Funktion als Sammelbecken faktisch alle Teile der Verwaltung stellen wird, ist in sich ein fragiles Gebilde, das primär durch geschicktes Management von Postenvergaben und Ressourcenverantwortlichkeiten durch ihre Führung zusammengehalten wird. Ein derartiger Zusammenhalt ist mit der Unabhängigkeit, dem damit verbundenen Wegfall des gemeinsamen Feindes und einer sich faktisch ergebenden Möglichkeit zur Neuaufteilung der politischen (und damit auch ökonomischen) Verhältnisse massiv in Frage gestellt. Konflikte innerhalb von (derzeitig noch als solchen zu sehenden) Teilen der SPLM/SPLA können

jederzeit bewaffnete Ausmaße annehmen. Dies haben Zusammenstöße insbesondere im Jahr 2009 immer wieder bewiesen. Damit kann ein staatlicher Totalkollaps in einem blutigen Bürgerkrieg, das angesprochene Horrorszenario von Teilen der internationalen Beobachter/innen, sicher nicht vollständig ausgeschlossen werden. Instabile Situationen in Nachbarländern und Regionen (die Grenze zur Zentralafrikanischen Republik mit der dort herumziehenden Lord's Resistance Army, Darfur, das traditionell instabile nordwestliche Kenia) tragen ihr Übriges dazu bei.

Allerdings darf demgegenüber nicht unterschätzt werden, dass die Anreize für ein in der einen oder anderen Form (zumindest halbwegs) erfolgreiches Management des Südsudan für weite Teile der dort ansässigen politischen und ökonomischen Elite hoch sind. Dies betrifft nicht nur die Erdöleinnahmen, die, von möglichen Obstruktionen des Nordens abgesehen, dem neuen Staat eine zumindest mittelfristig solide finanzielle Basis geben – auch ohne die schnelle Realisierung von angestrebten alternativen Pipeline-Optionen in Richtung Süden. Juba ist eine ökonomische Boom-Town, auch verschiedene andere Regionalstädte, etwa Malakal oder Wau, dürften von der Unabhängigkeit profitieren. Es ist nicht nur das Heer an internationalen Entwicklungshelfer/innen, die die ihnen eigene Binnenökonomie bereits mit sich gebracht haben, was sich ohne Zweifel noch verstärken wird. Auch zahlreiche Unternehmen aus den Nachbarländern, vor allem aus Kenia, sind bereits aktiv, mit Banken, Fluglinien, aber auch in anderen Sektoren. Dazu kommen international betriebene Bereiche wie die Montan- und die Holzindustrie. An Geld besteht also zunächst kein Mangel, an Geschäftsinteresse und Goldgräberstimmung auch nicht – aber auch hier zeigen historische Beispiele, dass sich eine derartige Situation rasch in ihr Gegenteil verwandeln kann. Dass das überaus profitable (und heillos überbeuerte) Hotel-Gewerbe in Juba nach wie vor primär über rasch abbaubare Container und Zelte funktioniert, ist diesbezüglich sicher nicht das beste Zeichen.

Fazit: Bemerkenswerte Zeichen von „Resilience“

Zahlreiche negative Aspekte sind es also, die einer auch nur einigermaßen erfolgreichen Staatswerdung des Südsudan entgegenstehen. Gerade vor diesem Hintergrund ist es aber notwendig, noch einmal auf den Ausgangspunkt der Betrachtungen zurückzukommen: das Unabhängigkeitsreferendum hat stattgefunden, in einer bemerkenswerten Art und Weise, und es demonstriert, auch in seinem Beitrag zum brüchigen und sicher auch widersprüchlichen Prozess einer nationalen Identitätsfindung, dass das, was in jüngster Zeit auf internationaler Ebene verstärkt unter dem Begriff „Resilience“, also der Widerstands- und Bestandsfähigkeit von Staats-Gesellschafts-Strukturen, diskutiert wird, durchaus vorhanden ist und weitergehendes Potenzial hat. Dies ist eine riesige Chance und bietet wesentliche Möglichkeiten zu einer positiven Weiterentwicklung.

Auch zeigen die Rahmenbedingungen ein viel besseres Bild, als lange Zeit erwartet worden war. Der Norden signalisiert (glaubhaft) seine Bereitschaft zur Akzeptanz und Anerkennung

der neuen Realitäten, die ausgelegten Anreizstrukturen der internationalen Akteure zeigen Wirkung. Viel wird nun von der SPLM abhängen, ihrer Machtausgestaltung und Machtverteilung, ihrem Umgang mit entstehender interner und externer Opposition, aber auch ihrer Bereitschaft, in den Verhandlungen mit dem nun gewissermaßen moralisch besieigten Norden zu langfristig tragfähigen Verhandlungslösungen zu kommen.

Dies wird auch insofern von Bedeutung sein, als der ohnehin durch die Anklage des Internationalen Strafgerichtshofes geächtete sudanesischer Präsident al-Bashir nun auch im Sudan selbst das Stigma des Verlierers zu tragen haben wird – der Verlust eines großen Teils des historischen Staatsgebietes ist eine Last, die keine Staatsführung, sei sie demokratisch, monarchisch oder diktatorisch, leicht verkraften kann. Ohnehin ist die NCP-Herrschaft brüchiger, als sie von außen her scheinen mag, und al-Bashir kommt in dieser Konstellation die Rolle einer Integrationsfigur zu, die dem Norden in der derzeitigen heiklen Periode zu einer einigermaßen funktionierenden Stabilität verhilft. Stürzt das Regime, was selbst kurzfristig keineswegs vollkommen undenkbar ist, könnten revanchistische Strömungen dazu beitragen, die ganze Großregion in eine Situation zu ziehen, die jeglicher Kontrolle entgleitet.

Von daher ist es wichtig, die internationalen Anreize gegenüber dem Norden auch tatsächlich umzusetzen, etwa das Embargo zu beenden, eine Lösung für die Staatsschulden zu finden (Österreich ist bemerkenswerter Weise zusammen mit Belgien und Dänemark der größte europäische Gläubiger des Sudan) sowie auch zu überlegen, wie eine für alle Seiten akzeptable Umgangsweise für die ohnehin auf mitunter zweifelhaften Annahmen beruhende Anklageerhebung des Internationalen Strafgerichtshofes gegen führende Vertreter des Regimes gefunden werden kann.

Sicherlich ist es zudem wichtig, den Südsudan im Prozess des Staatsaufbaus weiterhin und auch verstärkt zu unterstützen. Gerade in diesem Zusammenhang sollten Beispiele wie Kosovo allerdings mahnend wirken. Die entscheidenden Begriffe sind ohne Zweifel Kontextualität, Sensibilität und, vor allem, Zurückhaltung. Ein Staatsaufbau ist immer in erster Linie ein endogener Prozess, in dem zu viel gestalterischer Einfluss von außen eher schadet als hilft, insbesondere, wenn er in massiver und zugleich nur mangelnd koordinierter Weise erfolgt. „Do No Harm“ hat hier als Leitprinzip zu gelten, einerseits indem, auch unbewusst, keine weitgehenden ökonomischen und politischen Anreizstrukturen für Fraktionen geschaffen werden, ihre Interessen unter Umständen auch bewaffnet zu verfolgen, andererseits aber vor allem, dass dem Südsudan die Möglichkeit zur organisatorischen Selbstfindung gelassen wird. Dann zeigt sich die Perspektive für die gesamte Region vielleicht optimistischer, als sie gegenwärtig gern gesehen wird.

Dr. Jan Pospisil ist Experte am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip)

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip, 1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at